

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 20 | 27. November 2020



Foto: Tobias Koch

Meine Meinung

zu Chinas Handelsabkommen mit den Pazifikstaaten

Während wir uns mit Corona beschäftigen hat China Fakten geschaffen: Die neu geschaffene asiatische Freihandelszone. 15 Staaten, 2,2 Mrd. Menschen und eine gemeinsame jährliche Wirtschaftsleistung von 25,6 Billionen US-Dollar, das entspricht 30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. China steht im Zentrum, die USA und Europa am Rand. Die Gewichte haben sich nach Asien verlagert. Die Politik „America first“ hat China gestärkt, die USA und Europa geschwächt. Und Europa und die EU? Auch in Europa ist der Nationalismus wieder beliebt. Das Vereinigte Königreich, Polen, Ungarn... bei uns die AfD. Wenn wir nicht gemeinsam und entschlossen gegensteuern, werden unsere Enkel Chinesisch lernen, so wie wir Englisch gelernt haben. China wird die Regeln bestimmen. Grundsätze, die uns wichtig sind, wie Menschenrechte und Klimaschutz, sind bei diesem Abkommen unbedeutend. China rüstet auch militärisch massiv auf. In der Zeit, in der wir

in Deutschland diskutieren, ob wir Drohnen bewaffnen, baut China eine neue Kriegsflotte.

Das Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ist derzeit noch kein Grund in Panik zu verfallen. Aber wir müssen jetzt handeln. Wir europäischen Länder sollten darauf schauen, dass wir über die EU eigene Handelsverträge mit den fehlenden Pazifikstaaten aushandeln. Und auch die transatlantischen Freihandelsabkommen müssen abgeschlossen werden. Ich hoffe, dass der linke Flügel der SPD und die Grünen endlich weiter denken als bis zum „Chlorhühnchen“ und die Abkommen nicht mehr blockieren. Auch das MERCOSUR-Abkommen mit Staaten aus Lateinamerika muss endlich einen Abschluss finden. Handelspolitik darf nicht an überzogenen Erwartungen und Standards scheitern.

Denn wir müssen aus dem RCEP lernen: Wenn nicht die EU oder die USA als wichtigste Handelspartner gelten, dann wenden sich die Staaten weltweit China zu. Noch haben wir die Chance zu handeln und wir sollten sie nutzen!

1. Rede im Plenum zur Situation in Berg-Karabach

Es ist gut, dass in der umkämpften Südkaukasus-Region Berg-Karabach nun die Waffen zwischen Aserbaidshan und Armenien schweigen. In meiner Plenarrede habe ich die Bedeutung der Religion in diesem Konflikt beleuchtet. Denn auch wenn die christlichen Armenier gegen die mehrheitlich muslimischen Aseris miteinander kämpfen, heißt das nicht, dass es ein Religionskrieg ist. Im Gegenteil, es ist keiner. Wie in vielen anderen Konflikten auch geht es um Land, Macht und Einfluss. Problematisch ist: Der Konflikt verläuft entlang ethnischer und religiöser Gruppen. Das hat dazu geführt, dass Moscheen zu Schweineställen umfunktioniert wurden, Jahrhunderte alte Kirchen und Klöster bombardiert und zerstört wurden. Das muss aufhören, denn es schürt neue Konflikte.

Wir müssen verhindern, dass ethnische oder religiöse Säuberungen stattfinden, und wir müssen auch das Potenzial der Religionen für das friedliche Miteinander erkennen und nutzen. Es muss zudem eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen geben, sonst verfestigen sich Flucht und Vertreibung. Die armenischen christlichen Kirchen, Klöster und Kunstschatze, aber auch die Moscheen müssen geschützt und wiederhergerichtet werden. Die religiöse Vielfalt, gerade an dieser Schnittstelle zwischen Orient und Okzident, muss bestehen bleiben.

Jetzt ist es an der Zeit, sich gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union, der OSZE, und den Vereinten Nationen stärker für eine nachhaltige Friedenslösung zwischen Armenien

und Aserbaidshan zu engagieren. Denn wir dürfen das Feld hier nicht einfach Trump und Putin überlassen.

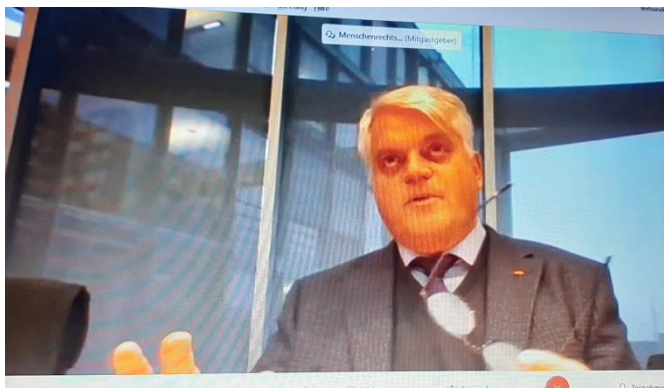
Meine gesamte Rede finden Sie [hier](#).



Eindrückliche Fotos kursieren bei Twitter. Zum Beispiel die Bilder der zerstörten Kirche Johannes des Täufers, Kanatsch Scham, in Berg-Karabach. (Quelle: Twitter)

2. Bericht im Menschenrechtsausschuss

Diese Woche habe ich den zweiten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe vorgestellt. Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten ist. Menschen erleiden in vielen Teilen der Welt Diskriminierung, Verfolgung oder Gewalt aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung. Wir dürfen das nicht hinnehmen, sondern müssen handeln, um Religions- und Weltanschauungsfreiheit für alle Menschen weltweit zu stärken. Den Bericht finden Sie hier: <http://www.bmz.de/religionsfreiheit/>



Markus Grübel trug im Ausschusssaal vor, per Video schalteten sich Abgeordnete und Mitarbeiter zu. (Foto: SMü)

3. Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege beschlossen

Mit dem Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz nehmen wir verschiedene Rechtsänderungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung vor. Zum einen soll die gesetzliche Krankenversicherung zur finanziellen Stabilität vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie einmalige Zuschüsse in Höhe von 5 Milliarden Euro erhalten und das Limit der Finanzreserven heraufgesetzt werden. Weitere Maßnahmen sind die Erweiterung der Möglichkeiten für Selektivverträge (Verträge zur besonderen Versorgung), ein Hebammenstellen-Förderprogramm, die Sicherstellung finanzieller Hilfen für Krankenhäuser im ländlichen Raum sowie für Kinder- und Jugendmedizin und die Entfristung der Verfahrensvereinfachung bei der Hilfsmittlempfehlung bei der Pflegebegutachtung. Hervorzuheben sind Regelungen für die Schaffung von bis zu 20 000 zusätzlicher Stellen für Pflegehilfskräfte in der

Altenpflege und die Verlängerung der coronabedingten Schutzschirme.

4. Änderung des Verpackungsgesetzes

Wir haben mit der Änderung des Verpackungsgesetzes das Verbot von leichten Kunststofftragetaschen ab dem Jahr 2022 beschlossen. Ausgenommen sind die dünneren Tütchen, die sogenannten "Hemdchen- bzw. Knotenbeutel", die vor allem für Obst und Gemüse verwendet werden. Auch besonders stabile Plastiktüten dürfen noch weiter verkauft werden. Mit dem Verbot soll der positive Trend der Reduzierung des Verbrauchs leichter Kunststofftragetaschen konsequent fortgesetzt werden. Es soll die Ressourceneffizienz verbessern und die Umweltbelastung durch zu viel Müll verringern.

Zahl der Woche

08000 116 016

Ausnahmsweise mal keine Kennzahl, sondern eine Telefonnummer. Und zwar die des Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen. Unter der Nummer 08000 116 016 wird vertraulich, kostenfrei und rund um die Uhr Hilfe und Unterstützung angeboten. Anlässlich des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November möchte ich nicht nur auf die Problematik, sondern auch auf das bundesweite Hilfetelefon aufmerksam machen.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!